

# Dresdner Journal.



**Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.**  
**Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.**

zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Fiskusblätter der Verwaltung der R. S. Staatsfinanzen und der R. S. Land- und Landesforstrentenbank-Verwaltung, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen der Sparkassen, Grundbesitzliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landesbrandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den R. S. Staatsforstbetrieben.

Nr. 271.

Sonnabend, 22. November

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingefandt) 150 Pf. Freiermächtig auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der ordentliche Reichshaushaltetat für 1914 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3403 011 671 M. ab, d. h. mit 174 387 044 M. weniger als im Vorjahre.

Die Erhöhung der Zivilliste für König Ludwig III. von Bayern wurde von der Kammer mit Zweidrittelmehrheit nach der Regierungsvorlage angenommen.

Der König von Spanien ist gestern abend nach Wien abgereist. Die Königin, die noch bettlägerig ist, blieb in Paris zurück.

In der Straße von Messina ist der italienische Panzerkreuzer „St. Giorgio“ auf Grund geraten.

Bei dem Einbrüche eines Neubaus in Prag wurden 22 Arbeiter verschüttet. Sechs Verletzte sind geborgen worden.

## Amthlicher Teil.

### Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben den zum Argentinischen Botschaftsrat in Reichensbach ernannten Hellmuth Koresell daselbst in dieser Eigenschaft anzuerkennen geruht.

Auf Grund von § 155 Absatz 4 des Wassergesetzes vom 12. März 1909 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 227) ist zur Durchführung des wasserwirtschaftlichen Unternehmens der Errichtung von Talsperren im Gebiete der Freiburger Mulde und der damit zusammenhängenden Verichtigung, Verlegung oder sonstigen Änderung der Wasserläufe dieses Gebietes die Amtshauptmannschaft Freiberg als Verwaltungsbehörde im Sinne des Wassergesetzes bestellt worden. Diese Bestellung erstreckt sich auch auf die Bildung und die Beaufsichtigung der für das erwähnte Unternehmen zu errichtenden Wassergenossenschaft.

Dresden, den 14. November 1913. 8392

### Ministerium des Innern.

In Wischheim (Amtshauptmannschaft Kamenz) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Dresden, den 21. November 1913. 8393

### Ministerium des Innern.

Dem geprüften Markscheider und Diplom-Bergingenieur  
Rag Heinrich William Leichter-Schenk  
in Zwidaun  
ist nach § 230 und § 245 Abs. 1 der zum Allgemeinen Berggesetz erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 20. Dezember 1910

die Konzession als Markscheider für das  
Königreich Sachsen

erteilt worden. Dies wird nach § 252 der genannten Verordnung bekannt gegeben.

Freiberg, den 15. November 1913. 8400

### Königliches Bergamt.

## Ernennungen, Beförderungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Reichsstaatsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentl. Unterrichts. Zu besetzen: eine händliche Lehrerstelle, mit der der Organisationsdienst an der Städtischen verbunden ist, an dem Volksschulen zu Döbischau. Bewerbungen sind bis 10. Dezember beim Stadtrat anzubringen. Gehalt neben 400 M. Wohnungszuschuß, 1600 bis 3400 M., Kirchenbeiträge bis 20 bis 700 M. steigend.

## Nichtamtlicher Teil.

### Deutsches Reich.

#### Reichshaushaltsetat für 1914.

Berlin, 22. November. Der ordentliche Reichshaushaltsetat für 1914 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3403 011 671 M. ab, das ist gegen die Summe des Vorjahres einschließlich des Nachtragsetats ein Weniger von 174 387 044 M. Aus Anlaß der Regierungsvorlage von 1913 sind in den Etat eingestellt an

fortdauernden Ausgaben 152 782 119 M., an einmaligen Ausgaben 268 820 871 M., also im ganzen 421 602 990 M. Auf den Wehrbeitrag sollen von den in Rede stehenden Ausgaben 393 820 871 M. übernommen werden. Zur Schuldenentlastung werden 68 683 399 M. bereitgestellt. Die Anleihe ist mit 17 697 160 M. gegen 39 151 035 M. im Vorjahre in Aussicht genommen. Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen insgesamt 2 662 921 096 M. (+ 213 161 968 M.), darunter für die Verwaltung des Reichsheeres 871 805 789 M. (+ 96 420 503 M.), für die Verwaltung der Kaiserl. Marine 221 062 617 M. (+ 23 666 274 M.), für die Reichsschulden 249 413 806 M. (+ 11 630 676 M.), die einmaligen Ausgaben betragen insgesamt 740 090 576 M. (- 387 549 012 M.), darunter bei der Verwaltung des Reichsheeres 344 823 048 M. (- 235 726 909 M.), bei der Verwaltung der Kaiserl. Marine 237 479 550 M. (+ 4 271 999 M.). Von den Kosten der Wehrevorlagen von 1913 entfallen auf Sachsen 11 823 733 M., für Garnisonsbauten in Sachsen sind 12 952 974 M. ausgesetzt. Im Post- und Telegraphenetat des Reichshaushaltsetats sind Sachsen in Aussicht genommen: Grimmitzschau, Dresden (Abstellbahnhof), Wylau (Grubenwerk). — In der nächsten Nummer folgen Einzelangaben.

### Bayerische Zivilliste.

München, 21. November. Nachdem die Kammer der Abgeordneten in namentlicher Abstimmung den Zusatzantrag Wähler-Hof mit 128 gegen 39 Stimmen abgelehnt hatte, wurde der Regierungsantrag, der die erhöhte permanente Zivilliste auf 5 400 000 M. festsetzt, mit 110 gegen 50 Stimmen angenommen. Da dieser Regierungsantrag zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit erfordert, die damit gegeben ist, so ist dadurch der Gelegenheitsentwurf in der zweiten Kammer angenommen. Für den Gelegenheitsentwurf stimmten das Zentrum geschlossen, der Bauernbund, die freie Vereinigung und ein Teil der Liberalen, dagegen die Sozialdemokraten, der andere Teil der Liberalen sowie der Abg. Wandorfer.

### Am Balkan.

#### Albanische Fragen.

Wien, 21. November. Aus London wird berichtet: Nach hierher gelangten Mitteilungen machen die Abgrenzungsarbeiten der internationalen Kommission in Albanien befriedigende Fortschritte, und seit der Intervention der Mächte ist die Kommission in ihrer Wirksamkeit nicht weiter gestört worden. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß die Abgrenzungsarbeiten zur festgesetzten Zeit beendet sein werden.

#### Verfassung für Neu-Serbien.

Belgrad, 21. November. Die die „Politika“ meldet, hat die Regierung für die neuen Gebiete einen besonderen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, durch welchen den neuen Staatsbürgern volle Sicherheit der Person und des Eigentums und Religionsfreiheit gewährleistet, politische Rechte jedoch vorläufig noch vorenthalten werden.

#### Bulgarische Beschuldigungen gegen Serbien.

Sofia, 21. November. Dem Regierungsjournal „Rabotni Prava“ zufolge hat die Regierung authentische Informationen erhalten, daß 24 bulgarische Soldaten und ein Offizier in Monastir im Gefängnis festgehalten und mißhandelt würden. Die bulgarische Regierung hat durch die russische Gesandtschaft in Sofia eine Note an Serbien gerichtet, in der die sofortige Entlastung dieser und der anderen bisher nicht ausgelieferten Kriegsgefangenen und der mazedonischen Freiwilligenabteilungen gefordert wird, andernfalls würden gegen die in Bulgarien lebenden Serben Repressalien ergriffen werden. Die Regierung beabsichtigt, demnächst eine Note wegen der erwähnten Vorgänge an die Großmächte zu richten.

#### Postkonventionen unter den Balkanstaaten.

Bukarest, 21. November. Die Postkonvention zwischen Serbien und Rumänien ist nach der „Magdeb. Zeitung“ fertiggestellt worden. Zwischen Serbien und Rumänien werden neue Telegraphenleitungen gelegt.

Cetinje, 21. November. Die Postkonvention zwischen Serbien und Montenegro, wonach für beide Länder in der Briefpost dieselben Regeln gelten, ist in Kraft getreten.

#### Kleine Nachrichten.

Athen, 21. November. Marineminister Stratos ist zurückgetreten. Sein Nachfolger wird der Abgeordnete Demerdjil. Stratos galt für sehr deutschfreundlich.

Wien, 21. November. Der bulgarische Minister des Äußeren Ghenabiew hat heute abend die Rückreise nach Sofia angetreten.

## Ausland.

### Ungarische Delegation.

#### Debatte über Graf Berchtolds Exposé.

Wien, 21. November. An der heutigen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Delegation nahmen auch die oppositionellen Delegierten teil. Vor dem Übergang zur Tagesordnung protestierte Graf Hadik gegen die Verwendung der Parlamentswache in der Delegation, worauf Ministerpräsident Graf Tisza die Verwendung der Parlamentswache auch in der Delegation in eingehender Weise rechtfertigte. Graf Andrássy belämpfte den Standpunkt des Grafen Tisza und erklärte, er werde zur Erörterung dieser Frage die Einberufung einer außerordentlichen Plenarsitzung der Delegation verlangen. Graf Apponyi schloß sich den Ausführungen des Grafen Andrássy und Hadik an, worauf die Debatte über das Exposé des Grafen Berchtold begann.

Verichterstatter Nagy erkannte die fast übermenschliche Hingabe in der Tätigkeit des Ministeriums des Äußeren für die Erhaltung des Friedens an und erklärte, der Ausschuss nehme die Erneuerung des Dreibundes mit großer Freude zur Kenntnis. Dies sei jedoch kein Hindernis, auch mit den Regierungen der zweiten europäischen Staatengruppe in gutem Verhältnis zu stehen. Die beträchtliche Verminderung der Spannung zwischen beiden Staatengruppen sei mit Freude zu begrüßen. Redner begrüßte auch die Äußerungen des Ministers über Rußland und erklärte, der Ausschuss nehme mit Begeisterung das Exposé an. Der Ausschuss möge unter voller Anerkennung der hervorragenden Verdienste des Ministers und im Vertrauen auf sein weiteres Wirken das Budget votieren. (Zustimmung, Einstimmig.) Delegierter Graf Michael Karolyi (oppositionell) erklärte sich mit dem Exposé nicht einverstanden. Um die optimistische Auffassung, daß sich nunmehr zwischen der Monarchie und den Balkanstaaten ein wärmeres Verhältnis entwickeln werde, beneide er den Grafen Berchtold. Er stimme ihm aber darin vollkommen zu, daß eine starke auswärtige Politik nur dann befolgt werden könne, wenn Österreich-Ungarn eine konsolidierte innere Politik betreibe. Das Mitglied des Magnatenhauses Prinz Ludwig zu Windisch-Grätz (oppositionell) unterzog die Politik des Ministers des Äußeren einer abfälligen Kritik. Redner erkannte aber die umfänglichen und zielbewussten Maßregeln der Herbeiführung an. Der Delegierte Georg Lukacs erklärte sich mit der vorsichtigen und weisen auswärtigen Politik, die beträchtliche Ergebnisse erzielt habe und deren größter Erfolg die Lokalisierung des Krieges auf dem Balkan gewesen sei, vollkommen einverstanden. Graf Julius Andrássy (oppositionell) hielt die Ergebnisse der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik keineswegs für sehr günstig. Ein dauerhafter Friede auf dem Balkan sei durchaus nicht gewährleistet. Er teile zwar den Standpunkt des Ministers, daß einzelne Punkte des Bukarester Friedens schädliche Folgen haben dürften, doch halte er es für einen Fehler, daß Österreich-Ungarn sich in den Streit zweier Staaten eingemischt habe, ohne entschlossen zu sein, wenn notwendig, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Er glaube auch, daß der Minister die Frage mit den Verbündeten der Monarchie nicht ins Reine gebracht habe, ehe er die entsprechende Aktion einleitete. Allerdings sei auch er nicht der Ansicht, daß Deutschland irgendwie malignes vorgegangen sei. Er sei auch heute mit voller Überzeugung unbedingter Anhänger des Dreibundes. Miklos (Verfassungspartei) erklärte unter dem Ausdruck vollen Vertrauens in die Politik des Ministers, das Budget anzunehmen. Graf Apponyi (oppositionell) gab der Rede des Grafen Tisza nach dem russischen Interventionsanerbieten einen großen Teil der Schuld an den späteren Verwicklungen. Wie könne man behaupten, sagte er, daß der Dreibund in seiner Kraft nicht gelockert sei, da doch Deutschland eine der österreichisch-ungarischen völlig entgegengesetzte Politik verfolgt und auch Rumänien sich diesem Standpunkte angeschlossen habe. Nicht nur die Frage der Revision, sondern auch der zweite Balkankrieg hätte Beweise dafür geliefert, daß Österreich-Ungarns Aktion und diejenige Deutschlands sich gekreuzt hätten. Er befürchte sich jetzt als Anhänger der Dreibundspolitik; diese könne ihn jedoch nicht dazu bewegen, die in dieser Weltung sich zeigenden Risse zu ignorieren.